

Die „Verbetriebswirtschaftlichung“ der Demokratie

System



Reinhard Frankl

● Verwaltung

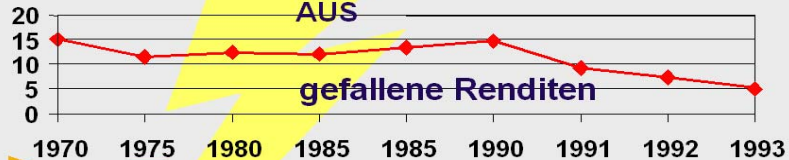
Kritik an traditionellem, hierarchischem Verwaltungsverständnis

NPM^(NSM)

USA
GB
NEZ
AUS

- Public Choice
- Managerialismus
- Neue Institutionenökonomie

● Ökonomie



Abkommen v. Bretton-Woods
fordistisches Produktionsmodell

Krise

BertelsmannStiftung

Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

● Politik

Wende



Paradigmenwechsel: „Neue Rechte“ Reagan, Thatcher, ...

„Neoliberalismus“: „lean production“ -> „schlanker Staat“
Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung - global
Fortführung Ende 90er: New Labour, Rot/Grün ...

13.12.2009

Reinhard Frankl, Folie 2

NSM – Schlagworte



“Ein Konzern stiftet Politik - zum gemeinen Nutzen?”

Einführungsreferat von Prof. Dr. Arno Klönne

zur 4. Bertelsmannkritischen Tagung am 24./25. Januar 2009, Gütersloh, Alte Weberei

Skizze einer Videoaufzeichnung :

<http://www.attac-medien.de/privatisierung/antibertelsmann/index.html>

- Respekt für Gesamtunternehmen – weltweiter Konzern – national wie international operierende Stiftung! Zeugt von Fähigkeiten!
- In dieser Machtverflechtung singuläre Konstruktion
- Medienmacht (Meinungsbildung) - Beratungsmacht (mehr od. weniger indirekte gesellschaftliche Steuerung) – Marktmacht (Instrument profitabler Kapitalverwertung)
- Respekt vor Leistung im technischen. Sinne bedeutet nicht Anerkennung der darin wirkenden ökonomischen Interessen/nicht Akzeptanz ihrer weitreichenden Wirkung
- Zusammen gewachsen was nicht Zusammen gehört: Demokratie setzt Gewaltenteilung voraus! Nicht nur staatsrechtlich - auch in ökonomischer Wirklichkeit, in den Zugängen zur öfftl. Debatte, in Prozessen der Willensbildung
- Über „Gemeinnützigkeit“ muss frei/öffentlich gestritten werden können
- Bertelsmann zu Kritik: weder Stiftung noch Konzern stellen Recht auf Meinungsfreiheit in Frage (juristische Seite, ok)
- Systemisch: ein weit verzweigtes Netzwerk von Macht (finanziell und in den Instrumenten bestens gerüstet) führt dazu, dass der Drang zur eigenen Meinung sich nicht mehr regt; (A. Klönne da wächst kein Gras mehr, weil alles vom großen Bruder mit seiner Landschaftspflege oft auf gefällige Weise zu betonierte)
- Grundmuster der Politikstifter aus GT: Das Austragen von Konflikten über gesellschaftliche Weichenstellungen als Alternativen erscheint als Querulantenentum – „Bertelsmann steht für Objektivität / für Sachzwang“: keine Alternative
- Der Demokratie kann diese Ideologie nicht bekommen. Wenn Politik nichts weiter zu tun hätte als Sachzwänge möglichst reibungslos zu exekutieren, dann können wir uns Wahlen/Parlamente /weiter Unbequemlichkeiten sparen.
- Wenn vielbeschworene Bürgerbeteiligung (s. WABE, Aschaffenburg) nur Formen Umsetzung angeblicher Notwendigkeiten bedeutet, dann nur Augenwischerei!
- (riesiger Faktor des Publikumserfolges) BMS pocht auf Überparteilichkeit, kann sie auch: Sie hatte nie Berührungsscheu gegenüber SPD – demn. mögl. Beratung für LINKE – Aber: Machtkomplex nimmt gesellschaftspolitisch Partei (darin besteht ihr Effekt!) für Weichenstellung in Richtung systematischer Privatisierung bisher öffentlicher Güter- und Dienstleistungen, in Richtung Unterwerfung bisher gemeinwirtschaftlicher Sektoren unter die Interessen profitorientierter Kapitalverwertung
- in dieser Grundfrage gesellschaftlicher Entwicklung ist BMS höchst aktive und einflussreiche Partei – dabei nicht nur von Ideen oder Ideologien, insbesondere auch von Interessen geleitet.
- Machteliten neigen seit jeher dazu, eigene Interessen auszugeben als Ausdruck des Gemeinwohls. Aber „Was Krupp nützt, nützt nicht unbedingt auch Krause“ Eine demokratische Gesellschaft braucht keine Volksgemeinschaftsideologie!
- Faktor des Erfolgs: Die Stiftung nimmt Gemeinnützigkeit in Anspruch mit darin liegendem Steuervorteil. Diese sei nicht anzuzweifeln, da sie von Finanzverwaltung geprüft und für ok. befunden werde. Ein solches Abwehrargument der durchaus vorhandenen Intelligenz der Mitarbeiter der BMS nicht würdig, denn die Kritiker erheben nicht den Vorwurf des Hintergehens der Steuerbehörde oder eines sonstigen Betrugs. In Frage gestellt werden die derzeit üblichen Kriterien und Regeln für das, was Gemeinnützigkeit sein kann.
- Die historische Erfahrung lehrt, dass Recht (eben auch Abgabe- oder Steuerrecht) in aller Regel der realen Problematik hinterher hinkt. Auch das gegenwärtige Stiftungsrecht ist unter diesem Gesichtspunkt auf seine Realitätsnähe hin zu überprüfen. Das was zur Zeit besteht an Kriterien und Regeln für Gemeinnützigkeit im Hinblick auf solche entspricht nicht mehr den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Arbeitsweise (Stiftung und Konzern)

Themensetzung
(agenda setting)
mittels Studien etc.
(„Krisenszenario“)

im Marktsegment
führend oder aktiv

Beratungsbedarf

Unentgeltliche
Lösungsangebote
(ggf. funktionales
Pilotprojekt)



Liberalisierungs-/
Privatisierungsdruck

i.d.R. entgeltliche
Implementierung
der Lösungen
(Rankings, Instrumente,
Kennziffern)



Mobilisierung von Akzeptanz (Medien)
Sammeln von Daten (Kennziffern)



13.12.2009

Reinhard Frankl, Folie 9

- BMS: Was heißt denn Gemeinnützigkeit, wenn eine Stiftung kampagnenartig gesellschaftliche Themen selbst setzt, Reformen einfordert, dafür selbst Lösungen anbietet und damit einen selbst definierten Bedarf so ausgestaltet, dass dem am besten dann das geschäftliche Angebot dieses Konzerns entspricht, des Konzerns, der mit der Stiftung auf vielfache Weise verbunden ist. Hier liegt systemische Kartellierung vor. Sicher nützlich, aber wem? Sie ist nicht nützlich dem gemeinen Nutzen im Sinne von Gemeinwohl. Eindeutig!
- Entwicklungsfähige und gewinnträchtige Geschäftsfelder der Zukunft: Management von Daten. Messen, Vergleichen von Leistungen, Zertifizieren von Qualität (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Migration, Arbeitsmarkt; gegenwärtig mit enormem Druck von Wirtschaft und Politik auf Öffnung für private Rentabilität). Hier hat naheliegender Weise ein Konzern, der geschäftsmäßig Daten administriert, Prüfungssysteme anbietet, Medien anbietet um Bewertung zu erlangen, intensive eigene Interessen.
- Nicht gemeinnützig, wenn eine mit diesem Konzern verflochtene Stiftung den Bedarf für solche Angebote weckt, ihn ausgestaltet und spezifiziert, dies alles Steuer begünstigt, dann das Angebot von Firmen diesen Bedarf befriedigt mit Chancen auf hohe Rendite. Übrigens: nicht besonders „marktwirtschaftlich“!
- Auf den Punkt gebracht: im Abgaberecht gibt es eine Definition von Gemeinnützigkeit. Es muss sich um selbstloses Engagement handeln. Ist „selbstlos“ fest zu umreißen? Eindeutig damit gemeinte Verhaltensweise entspricht jedenfalls nicht dem, was die Wirklichkeit des Machtnetzwerkes Bertelsmann ausmacht. Es ist an der Zeit, durch Neuerungen im Abgabe und im Steuer und Stiftungsrechts, den Inhabern eines solchen Unternehmens die Möglichkeit zu verschaffen, den idealen von Selbstlosigkeit ein bisschen näher zu kommen.

gemeinnützige Positionen á la B.

- Abschaffung der Gewerbsteuer
- Halbierung d. Sozialhilfe-Sockelbetrags(=nur noch Warmmiete)
- Schulen und Hochschulen als Markt-Unternehmen („Gebühren“)
- Einstieg in Privatisierung von Kranken- und Pflegeversicherung
- Privatisierg. der öfftl. Verwaltungen in D und Zentral-EU (arvato)
- Privatisierung der Arbeitslosenversicherung
- Privatisierung der Rentenversicherung („Kapitaldeckung“)
- neues Arbeitsvertragsrecht (Aushebelung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, Ausweitg. v. Leiharbeit, ...)
- Ersetzen des Asylrechts durch „humankapitalorientiertes Strömungsmanagement“ ("arbeitgebergesteuerte Programme, die Zuwanderung an dem Bedarf nationaler Arbeitsmärkte ausrichten")
- weltweite Präventivkriege („präventive weltweite Militärmissionen“) warum? → Elke Schenk, GEW und attac
- deutscher Zugriff auf französisches und britisches Atomwaffenpotential mittels Armee einer „Supermacht Europa“ (EDS) unter deutsch-französisch-britischer Führung
- Strategie zur world governance



13.12.2009

Reinhard Frankl, Folie 12

- Euphorie der Privatisierungspolitik ist derzeit gedämpft. Sie brauchen den Staat als finanzspritzen Teilhaber. Aber: lange keine gesellschaftspolitische Bekehrung. Kein Erweckungserlebnis einer gemeinwirtschaftlichen Wende. Staatl. Rettungsschirme nur zeitweilige Hilfestellungen – Verluste sozialisiert, bei zu erwartenden Gewinnen zurückprivatisiert. Geschichte: z.B. Commerz- und Dresdener Bank schon einmal verstaatlicht (1931 auf Kosten der Steuerzahler, 1937 reprivatisiert).
- Jetzt: es soll weiter gehen mit dem Privatisierungstrend. Neue Felder für Kapitalverwertung sind begehrt. Bildung. Gesundheit. Rettungsschirme lassen Menschen im Regen stehen. → gesellschaftl. Unruhe. → Es braucht Beruhigungsarbeit! Möglicherweise neues weites Feld für BMS? (s. Task Force "Perspektive 2020 - Deutschland nach der Krise" http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-5FAAB6B9-0FFC0C8A/bst/hs.xsl/96497_96500.htm, dort **1. Vertrauen** Wie kann Vertrauen in der Gesellschaft zurückgewonnen und stabilisiert werden? Wie kann Vertrauen in die demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung in Krisen bewahrt und gestärkt werden?)
- Bertelsmann: Macht - aber keine Kommandogewalt. Man muss sich dem Zugriff eines solchen Komplexes nicht aussetzen. Glücklicherweise „Recht auf freie Partnerwahl“. Gilt auch gesellschaftspolitisch. Darin besteht weiterhin ein Risiko für die Herrschenden. Gegen gestiftete Politik und Methoden wenden!
- Ein solches Netzwerk der Macht in seinen Wirkungen unabhängig von schönen Sprüchen wirkt entmündigend. Das bedeutet nicht, alle einzelnen B-Projekte seien ohne Sinn und Verstand. Entmündigend ist, der Gesamtcharakter, der systemische Charakter dieser Operation. Es ist nicht einzusehen, weshalb steuerzahlende Bürger ihre eigene Entmündigung auch noch finanzieren sollen.
- Weiterhin und mit mehr Energie als bisher fragen: Politikstiftung durch einen Konzern - zu wessen Nutzen? Antwort kann nicht das Finanzamt geben, sondern ist Sache der öfftl. Debatte. Wir befinden uns in einer Demokratie, nicht in einem Familienunternehmen.